

Beschluss (vorläufig) Grüne Strukturen auf dem Land stärken

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

- 1 Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige
2 Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Bündnisarbeit und Solidarität sowie das
3 Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht,
4 trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige
5 Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert:
6 „Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die
7 strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen.“ Diesen Satz wollen
8 wir mit Leben füllen.
- 9 Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute sehr
10 unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele
11 Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber
12 stehen in den ländlichen Räumen oft ehrenamtliche Einzelkämpfer*innen, die
13 vermehrt Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt sind. Es braucht daher auch mehr
14 hauptamtliche Unterstützung und Strategien, um unsere Mitglieder zu stärken in
15 ihrem Engagement für eine offene Demokratie. Besonders nach den letzten
16 Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils
17 dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als
18 Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer
19 Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten.
- 20 Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns
21 unterhaken und die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen verbessern
22 und gewährleisten. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gelingt
23 nur gemeinsam. Um unsere Zukunft erfolgreich zu gestalten, setzen wir uns dafür
24 ein, dass ländliche und urbane Räume nicht als Gegensätze, sondern als
25 gegenseitige Ergänzungen verstanden werden. Damit dieses Miteinander gelingt,
26 bieten wir uns als der politische Partner für alle Menschen an – in Stadt und
27 Land.
- 28 Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:
- 29 1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu
30 städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;
 - 31 2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;
 - 32 3. Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen organisatorisch,
33 finanziell und personell gezielt stärken.
- 34 Zu 1: Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche
35 Regionen in allen Politikfeldern stärker mitdenken. Dies gilt unter anderem für
36 die Energie- und Wärmewende, für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur sowie
37 für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik. Das tun unsere kommunalen Fraktionen

38 überall im Land. Gerade in den ländlichen Räumen entscheidet sich, ob wir die
39 Herausforderungen unserer Zeit meistern, den Zusammenhalt stärken und für alle
40 Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Um hier realistische
41 Angebote für die hier lebende Bevölkerung zu machen, gilt es auch die
42 Bedürfnisse und Rechte von Minderheiten zu berücksichtigen - denn beispielsweise
43 leben auf dem Land 20% der Menschen mit einer Behinderung. Mit Blick auf den
44 demografischen Wandel sind unter anderem notwendige Reformen der
45 Krankenhauslandschaft und Projekte der medizinischen Versorgung dringend
46 umzusetzen. Auf dem Land und besonders in Ostdeutschland leben jetzt schon
47 proportional mehr Ältere. Auch für Menschen mit Behinderungen fehlt oftmals der
48 Zugang zu Mobilität oder Gesundheitsversorgung. Diese Perspektiven wollen wir
49 bei der Formulierung unserer programmatischen Ziele einbeziehen, indem wir die
50 unterschiedlichen Bedarfe in Stadt und Land gleichberechtigt berücksichtigen.

51 Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch
52 außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren
53 Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedarfen der vielfältigen
54 Regionen gerecht zu werden, müssen wir die Strukturen unserer Partei nachhaltig
55 stärken. Grundlage hierfür ist unser Selbstverständnis als Bündnispartei und
56 eine Politik auf Augenhöhe, die auf Zuhören und einen offenen Dialog mit den
57 Menschen setzt. Zugleich wollen wir viel selbstbewusster Erfolge und Chancen
58 grüner Politik im ländlichen Raum kommunizieren, etwa bei der Energiewende,
59 lokaler Wertschöpfung oder im Natur- und Artenschutz. Nur so können wir
60 verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen.
61 Gesprächsangebote und der Aufbau von Netzwerken schaffen Vertrauen in unsere
62 Arbeit vor Ort. Die Kampagnen müssen diese Ziele unterstützen. Gleichzeitig
63 braucht es die Präsenz in der Fläche. Tagungen und Veranstaltungen der
64 Bundespartei und der Landesverbände sollen verstärkt in ländlichen Räumen
65 stattfinden bzw. in diese hineinwirken. Zudem sollen offizielle Termine von
66 Amts- und Mandatsträger*innen rechtzeitig an die Mitglieder vor Ort kommuniziert
67 und nach Möglichkeit bei den Besuchen auch Veranstaltungen mit den Menschen vor
68 Ort geplant werden.

69
70 Den Mitgliedern, die hier unter teils prekären Bedingungen und in einem
71 aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik eintreten, müssen wir
72 verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige
73 Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und
74 das Bekenntnis der ganzen Partei, solidarisch nach innen zu unterstützen, um
75 überall vor Ort solidarisch nach außen wirken zu können. Die Schulung von
76 Mitgliedern im Umgang mit anti-grünen Narrativen, Hass und Gewalt wollen wir
77 ausbauen.

78 Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich
79 auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der
80 Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner
81 Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen
82 deutlich gestärkt werden. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im
83 ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort
84 stellen. Grundlage einer wirksamen und nachhaltigen politischen Arbeit ist die
85 Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen, die die Orts- und Kreisverbände,
86 insbesondere die ohne Fraktionen, Geschäftsführung oder Mandatsträger*innen,
87 unterstützen oder direkt vor Ort angesiedelt werden könnten.

- 88
89 Hohe Kosten für Mobilität sowie fehlende Barrierefreiheit dürfen keine Hürde für
90 die politische Teilhabe sein. Alle Interessierten sollen in unserer Partei
91 wirksam werden können. Darüber hinaus wollen wir die politische Teilhabe von
92 Menschen mit Vielfaltsmerkmalen auch in ländlichen Flächenkreisen weiter
93 unterstützen. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die
94 Übernahme von spezifischen Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung,
95 Webseite, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die
96 Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den
97 Mitgliedern konzentrieren können. Für eine gute Öffentlichkeits- und
98 Medienarbeit, insbesondere Social Media, braucht es Unterstützung aus der
99 Partei, um Reichweite und Wirkung zu stärken.
- 100 Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher:
- 101 a) Die Stärkung grüner Strukturen in ländlichen Räumen hat eine große Bedeutung
102 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Im Zuge der aktuellen Haushaltsplanung unterstützen
103 der Bundesverband und die Landesverbände gemeinschaftlich die Einführung
104 regionaler Wahlkampfmanager*innen zur Stärkung der Wahlkampfaktivitäten der
105 Kreisverbände in strukturschwachen Landesverbänden. Die Wahlkampfmanager*innen
106 sollen für die politische Arbeit der Kreisverbände zur Verfügung stehen. Dazu
107 werden für 2024/25 400.000 € aus dem Solifonds verwendet.
- 108 Zudem unterstützt der Bundesverband den Wahlkampf vor Ort durch eine
109 unkomplizierte Subventionierung für das Aufstellen von Werbegroßflächen im
110 Bundestagswahlkampf mit bis zu 1 Million €. Bei dieser Subventionierung werden
111 Kreisverbände in strukturschwachen Regionen gezielt dem Solidargedanken
112 entsprechend stärker bezuschusst. Das verringert den finanziellen Druck auf
113 diese Kreisverbände sofort und wirksam.
- 114 Um grüne Strukturen für die Zukunft zu sichern, weiterzuentwickeln und
115 perspektivisch zu verbessern soll der Bundesverband Vereinbarungen mit den
116 Landesverbänden mit strukturschwachen Kreisverbänden treffen. Der dafür zur
117 Verfügung stehende Strukturfonds muss mit den dafür nötigen Mitteln ausgestattet
118 sein. Der Bundesfinanzrat prüft, ob es die Haushaltslage erlaubt, im
119 Wahlkampfbudget weitere Mittel für die Unterstützung strukturschwacher
120 Kreisverbände bereit zu stellen. Kurzfristig sind mit den Landesverbänden
121 Brandenburg und Thüringen Vereinbarungen zu treffen, welche über ein
122 Sonderbudget zur Stabilisierung grüner Strukturen eine Unterstützung in Höhe von
123 weiteren insgesamt 100.000 Euro festlegt.
- 124 Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und
125 Sachsen-Anhalt wird der Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden eine
126 Entwicklung und Stärkung der Kreisverbände unterstützen und dazu konkrete
127 Vorschläge erarbeiten. Die gegenseitige Unterstützung stärkerer und schwächerer
128 Kreisverbände unterstützt der Bundesverband durch organisatorische und
129 konzeptionelle Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollen ausgebaut und verstetigt
130 werden.
- 131 b) Der Bundesfinanzrat wird gebeten, einen für den Bundeshaushalt 2027 wirksamen
132 Vorschlag einer neuen solidarischen Finanzierung der Parteistrukturen von
133 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, um den Herausforderungen einer wachsenden
134 Partei zu begegnen und um die Grundlagen für eine flächendeckende
135 Professionalisierung zu schaffen. Dabei sollen die sehr unterschiedlichen

136 Strukturen und Ausgangsvoraussetzungen der Gliederungen besondere Beachtung
137 finden. Dafür muss in einem ersten Schritt geklärt werden, welche Aufgaben die
138 jeweiligen Gliederungen möglichst effizient übernehmen können. Im Anschluss wird
139 ausgehend von diesen Aufgabenzuschnitten und Rahmenbedingungen ein
140 Finanzierungsmodell erarbeitet. Die Aufgabenklärung soll dem Bundesvorstand und
141 dem Parteirat Anfang 2026 vorgestellt werden.